



Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt

Medienmitteilung

Basel, 30. August 2019

Basel soll Genfer Erklärung über Menschenrechte auf See unterzeichnen

SP und JUSO Basel-Stadt wollen der Tragödie im Mittelmeer nicht tatenlos zusehen. In einem gemeinsam erarbeiteten Anzug fordern sie die Unterzeichnung der Genfer Erklärung für die Wahrung der Menschenrechte auf See.

Menschenrechte nicht respektiert

Die Menschenrechte auf See werden nicht respektiert. Mit der Genfer Erklärung soll das Bewusstsein der Missachtung der Menschenrechte auf See ins Bewusstsein gerufen werden. Die Stadt Genf hat die Erklärung bereits im Frühjahr 2019 unterzeichnet. Nun soll auch Basel als weitere Akteurin die Erklärung unterzeichnen. Dies fordert Grossrätin Sarah Wyss in einem Anzug.

«Basel liegt am Meer»

Unter dem Motto «Basel liegt am Meer» hat die JUSO Basel-Stadt, gemeinsam mit der SP die Aktion im Rhein durchgeführt um auf diesen Missstand aufmerksam zu machen (Foto siehe Anhang). Denn Basel ist eine internationale Stadt, diverse internationale Firmen sind hier angesiedelt. Mit renommierten VölkerrechtsprofessorInnen hat die Universität Basel zudem eine Mitautorin der Erklärung. Nicht zuletzt aus humanitärer Tradition ist Basel in der Pflicht, diese Genfer Konvention zu unterzeichnen und sich damit für die Menschenrechte auch auf See auszusprechen.

Wyss begründet ihre Forderung: «Ich komme mir als Politikerin machtlos vor, wenn ich über die Tragödien auf den Meeren lese. Doch wir sind nicht machtlos. Mit der «déclaration de Genève» können wir ein wichtiges Zeichen setzen und so Bewusstsein schaffen.» Philipp Schuler von der JUSO Basel-Stadt ergänzt: «Auch Basel muss sich seiner Verantwortung bewusst sein und die Erklärung schnellst möglich unterzeichnen. Wir dürfen dem Sterben auf dem Mittelmeer nicht weiter tatenlos zusehen».

Aufnahme von Bootsflüchtlingen

Weiter fordert der Anzug, dass sich die Regierung aktiv beim Bundesrat für die Aufnahme von Bootsflüchtlingen (europäischer Verteilschlüssel) einsetzt und Hand für Lösungen bietet. Der Vorstoss liegt auch allen anderen Parteien des Grossen Rats vor mit der Bitte um Unterzeichnung.

Für weitere Auskünfte stehen zur Verfügung:

<i>Sarah Wyss, Grossrätin SP</i>	<i>079 811 24 87</i>
<i>Philipp Schuler, Vize-Präsident JUSO Basel-Stadt</i>	<i>076 377 42 28</i>
<i>Thomas Gander, Fraktionspräsident SP</i>	<i>078 865 10 82</i>



Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt

Anzug betreffend Basel liegt am Meer - Unterzeichnung der Genfer Erklärung über Menschenrechte auf See

Tätigkeiten auf See, legitim sowie rechtswidrig, nehmen Jahr für Jahr zu. Das führt zu einem Wachstum der globalen Bevölkerung auf See, die derzeit auf 40-50 Millionen Menschen geschätzt wird. Die Mehrheit sind Fischer, andere arbeiten in der Schifffahrt, Öl- oder Gasindustrie in Küstennähe, im Tourismus oder in anderen Berufen. Die Meere und Ozeane werden aber auch zur Migration genutzt.

Nicht alle Menschen auf See befinden sich unter einer wirksamen Gerichtsbarkeit von Staaten, welche in der Lage sind, ihre Menschenrechte zu schützen.

Mit der Genfer Erklärung über Menschenrechte auf See soll das Bewusstsein auf Menschenrechtsverletzungen auf See gestärkt werden. Bislang haben die Städte Genf und Sierre die Genfer Erklärung unterzeichnet. Weitere Städte sind daran eine Unterzeichnung vorzubereiten.

Basel, als humanitäre Stadt, als Stadt mit der ältesten Universität, soll die déclaration de Genève ebenfalls unterzeichnen. So ist auch eine Völkerrechtsprofessorin der Universität Basel Co-Autorin der Erklärung.

Die Anzugsstellenden bitten den Regierungsrat die Genfer Erklärung über Menschenrechte auf See (Link zur Erklärung:

http://www.ville-geneve.ch/fileadmin/public/Departement_0/Communiqués_de_presse/declaration-geneve-protection-droits-humains-mer.pdf oder <https://www.humanrightsatsea.org/>) zu unterzeichnen.

Weiter soll sich die Basler Regierung auf nationaler Eben dafür einsetzen, dass auch die Schweiz am koordinierten Verteilmechanismus teilnimmt, welcher aktuell diskutiert wird. Als Kanton soll Basel-Stadt Hand bieten Kontingentsflüchtlinge von See unbürokratisch aufzunehmen.